



Nr. 164 | 20.06.2024

## Zentralasien-Analysen

- Nationalkurultai in Kirgistan
- Arbeitsmigranten in Russland

### ■ ANALYSE

Traditionelles Repräsentationsorgan oder populistisches Machtwerkzeug? Der Nationalkurultai in Kirgistan Mahabat Sadyrbek (Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle)	2
--	---

### ■ KOMMENTAR

Kollektivbestrafung. Zu den Implikationen des Terroranschlags auf die Crocus City Hall für die Situation zentralasiatischer Arbeitsmigranten in Russland. Malika Bahovadinova (University of Amsterdam)	6
--	---

### ■ CHRONIK

01. April – 31. Mai 2024	9
Kasachstan	9
Kirgistan	14
Turkmenistan	19

## Traditionelles Repräsentationsorgan oder populistisches Machtwerkzeug? Der Nationalkurultai in Kirgistan

Mahabat Sadyrbek (Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle)

DOI: 10.31205/ZA.164.01

### Zusammenfassung

2021 hat der kirgisische Präsident Sadyr Dschaparow den sogenannten »Nationalkurultai« als verfassungsmäßiges Organ des politischen Systems in Kirgistan etabliert. Ursprünglich eine Versammlung des Adels zur Wahl und Beratung des Khans, dient der Nationalkurultai heute als offizielles Bürgergremium, das die politische Beteiligung der Bevölkerung erhöhen und die öffentliche Kontrolle der Regierung verbessern soll. Kritiker sehen im Nationalkurultai eine vom Präsidenten dominierte Parallelstruktur, die das Parlament dupliziert und dem herrschenden Regime als Instrument der Legitimierung und Machtsicherung dient. Der Prozess für die Auswahl der Delegierten ist intransparent und die Versammlungen sind stark von den Interessen des Präsidenten geprägt, was Zweifel an der tatsächlichen Repräsentativität des Gremiums hervorruft. Trotz des vorhandenen Potenzials zur Förderung demokratischer Beteiligung etabliert der Nationalkurultai in seiner aktuellen Form lediglich eine weitere Fassade von »Volkskontrolle« ohne verbindliche Kompetenzen.

### Der Kurultai im historischen Wandel: von der Adelsversammlung zum Organ öffentlicher Willensbildung

»Kurultai« ist ein Wort mongolischen Ursprungs und bedeutet sinngemäß nichts anderes als »Versammlung«. Für die türkischen und mongolischen Völker diente der Kurultai als vom Khan einberufener Rat, der die Oberhäupter der ranghöchsten Adelsfamilien aus verschiedenen Teilen des Landes versammelte, um die wichtigsten Fragen der Innen- und Außenpolitik zu diskutieren, Widersprüche zu klären und Konflikte zu lösen. In dieser Hinsicht kann der Kurultai mit den englischen Parlamenten des Mittelalters<sup>[1]</sup> verglichen werden. Eine der frühesten Erwähnungen des Kurultai stammt aus der Zeit von Dschingis Khan, der im Jahr 1206 den mongolischen Großadel versammelt hat und von diesem zum Großkhan aller Mongolen gewählt wurde. Für die Geschichte des kirgisischen Volkes war der Kurultai von 1842 wegweisend, der von Ormon Khan aus dem Haus der Sarybagysch in Kotschkor (heutiges Gebiet Naryn) einberufen wurde, um sich zum ersten und einzigen Khan des Kara-Kirgisischen Khanates krönen zu lassen.

Im selbsternannten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Sowjetunion spielte der Kurultai als traditionelle Institution zu Versammlung des Adels keine Rolle mehr. Auf die Gründung der Kirgisischen SSR 1936 folgte nach dem Vorbild der anderen Sowjetrepubliken 1938 die konstituierende Sitzung des Obersten Sowjets. Der unikamerale Oberste Sowjet stellte das formal höchste gesetzgebende Organ der Republik dar und hatte diese Funktion bis 1994 inne. Mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung im Mai 1993 ging die Legislative der Kirgisischen Republik auf den Dschogorku Kenesch als neuem Einkammerparlament des nun unabhängigen Landes über.

Der erste Präsident der Kirgisischen Republik, Askar Akajew, hat während seiner Amtszeit versucht, den Kurultai als im Grunde herrschaftslegitimierendes Organ wiederzubeleben. Dafür hat er die ursprünglich dem Adel vorbehaltene Institution, von der die einfache Gefolgschaft ausgeschlossen blieb, in eine Volksversammlung mit Massencharakter uminterpretiert. So hat Akajew 1992 den »ersten Weltkurultai des kirgisischen Volkes« einberufen, 1994 folgte die Einberufung des »ersten Nationalkurultai des kirgisischen Volkes«. In beiden Fällen ging es u. a. um die »Stärkung der interethnischen Harmonie und Freundschaft zwischen den Völkern der Kirgisischen Republik«. Mit dieser Strategie wollte Akajew die Lage im Land stabilisieren und seine eigene Macht konsolidieren, nachdem es im Jahr 1990 in Osch infolge von Streitigkeiten über die Zuteilung von Farmland einer ehemaligen Kolchose zu interethnischen Zusammenstößen zwischen Kirgisen und Usbeken gekommen war.

Den nächsten offiziellen Kurultai unter dem Motto »Kirgisische Staatlichkeit: Frieden und Stabilität« berief Akajew 2003 ein, nachdem er wegen des Aksy-Vorfalles unter massiven Druck geraten war. Ein Jahr zuvor hatte die Polizei im südlichen Bezirk Aksy auf friedlich gegen einen Land-Deal mit China protestierende Demonstranten geschossen und dabei fünf Menschen getötet und Dutzende verletzt. Als Reaktion auf den Aksy-Vorfall begann die Opposition ab 2002 ihre eigenen Kurultais abzuhalten, die von informellen Gruppen wie »Einheit des kirgisischen Volkes« organisiert wurden. Am 16. November 2002 hat die Opposition einen Kurultai einberufen, bei dem ein geplantes Referendum über die Ausweitung der präsidentiellen Machtbefugnisse Akajews und der Prozess um den Aksy-Vorfall diskutiert wur-

den. Der Kurultai wurde schließlich von den Behörden gestört. Über die folgenden Jahre fanden vor allem im Süden des Landes immer wieder oppositionelle Kurultais statt, die von ehemaligen Beamten und pensionierten Politikern unterstützt und finanziert wurden. Wenige Tage vor dem Sturz Akajews im Jahr 2005 hielt die Opposition erfolgreich einen weiteren Kurultai in Osch ab, bei dem Demonstranten auch die Regionalverwaltung besetzten. Einer der Redner war Kurmanbek Bakijew, der seine Popularität durch den Auftritt noch einmal steigern konnte und im Zuge der Tulpenrevolution kurz darauf die Macht ergriff.

Wie Akajew hat auch Bakijew versucht, der zunehmenden Kritik an seiner korrupten Herrschaft durch Einberufung eines Kurultai den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ein im März 2010 von Bakijew einberufener »Kurultai des Konsens«, welcher der Opposition eigentlich zuvorkommen sollte, ging jedoch spektakulär nach hinten los: anstatt die öffentliche Kritik an seiner Person zu adressieren erklärte Bakijew dem Publikum, dass »Kirgistan nicht für Demokratie, Wahlen und individuelle Menschenrechte gemacht ist.« Mit dieser Ansprache hat Bakijew schließlich sein eigenes Schicksal besiegelt, dessen Regime zwei Wochen später in der Aprilrevolution gestürzt wurde. Die nach der Revolution eingesetzte Interimsregierung begann mit der Ausarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfes, der die Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems vorsah. Parallel dazu initiierten regionale Kurultais im Land die Vorbereitung eines alternativen Verfassungsentwurfes, der statt des parlamentarischen Regierungssystems eine Form der direkten Demokratie mit dem Nationalkurultai als oberster Exekutivinstanz vorsah. Der Entwurf wurde jedoch von der Interimsregierung abgelehnt und im Juni 2010 per Referendum das parlamentarische Regierungssystem angenommen. Die neue Verfassung definierte den Kurultai zwar als »Organ der Volksregierung«, ohne legalen Rahmen blieben offiziell einberufene Kurultais jedoch weiterhin sporadische Ausnahmen. Die ausbleibende Institutionalisierung war schließlich ein Grund dafür, dass die graswurzelbasierte Kurultai-Bewegung auch nach den Parlamentswahlen im Oktober 2010 weiter anwuchs. Im Januar 2011 tagte der Kurultai von Talas und bis September 2011 wurden Kurultais in allen sieben Regionen und ein weiterer auf Landesebene abgehalten. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Kurultais als starke außerparlamentarische Kraft etabliert, die wirkmächtig öffentliche Anliegen vertrat und von den Behörden nicht länger ignoriert werden konnte.

### **Der Nationalkurultai als offizielles Verfassungsorgan ab 2021**

Der entscheidende Schub zur verfassungsmäßigen Institutionalisierung des Kurultai kam mit der Revo-

lution von 2020 und der anschließenden Machtergreifung Sadyr Dschaparows. Der Leiter des Fachbereich Internationales und Verfassungsrecht an der Kirgisisch-Russischen Slawischen Universität in Bischkek, Bekbosun Börübaschew, wurde von Dschaparow zum Vorsitzenden des damals neu eingesetzten Verfassungsrates ernannt. Börübaschew galt bereits seit Jahren als Befürworter einer Etablierung des Kurultai als verfassungsmäßigem Organ. Der Verfassungsrat bestand aus 89 Personen, darunter Vertretern der wissenschaftlichen Gemeinschaft, der Zivilgesellschaft, nichtstaatlicher Organisationen, sowie Juristen, Parlamentariern und anderen Experten. Der Verfassungsrat sah im Kurultai einen Weg zu mehr bürgerlicher Machtbeteiligung, des Ausgleichs demokratischer Defizite, der Stärkung lokaler Gemeinschaften sowie der öffentlichen Kontrolle von Präsident und Regierung. Die Befürworter einer neuen Verfassung vertraten die Meinung, dass die Kirgisen vor 30 Jahren einen »falschen«, »fremden« Entwicklungspfad eingeschlagen hätten; dieser sei zu westlich oder prowestlich gewesen, oder hätte einfach nicht den »echten kirgisischen Werten« entsprochen. Der Nationalkurultai stellt demnach die Rückkehr zu einem »traditionellen Mechanismus« der Machtteilhabe dar, der besser mit der »authentischen kirgisischen Mentalität« vereinbar ist.

Im April 2021 wurde per Referendum eine neue Verfassung verabschiedet, die nicht nur das präsidentiale Regierungssystem re-etabliert hat, sondern in der auch zum ersten Mal ein legaler Rahmen für die Einberufung und Durchführung von Kurultais definiert wurde. Mit dieser Formalisierung wollte Dschaparow den Kurultai, als Organ der Vertretung öffentlicher Anliegen, von Anfang an in sein neues politisches System integrieren und zur Legitimierung seiner eigenen Herrschaft nutzbar machen. Durch die herrschaftliche Einbindung von lokalen öffentlichen Vertretern wurde die bisherige Funktion des Kurultai, oppositionelle Ansichten der Bevölkerung zu vertreten, weitgehend neutralisiert. Der letzte oppositionelle Kurultai fand am 15. Oktober 2022 am Ufer des Kempir-Abad-Stausee im Gebiet Dschalal-Abad statt. Die dort versammelten Bürger forderten die Regierung auf, eine kurz zuvor auf Präsidentenebene ausgehandelte Übereinkunft rückgängig zu machen, in der sich Dschaparow und sein usbekischer Amtskollege Mirsijojew auf die Abtretung des Stausees an Usbekistan geeinigt hatten. Das Staatliche Komitee für Nationale Sicherheit (GKNB) reagierte auf die Demonstration mit massiver Gewalt und nahm mehr als zwei Dutzend Teilnehmer fest, die später wegen der angeblichen »Planung von Massenunruhen« angeklagt wurden. Die Tradition der graswurzelorganisierten Bewegung von oppositionellen Kurultais hatte damit ihr vorläufiges Ende gefunden.

Der von den Menschen gehegte Wunsch nach Einführung eines offiziellen Nationalkurultai ist das Ergeb-

nis der jahrelangen Unzufriedenheit mit korrupten Behörden, einer ineffizienten Verwaltung und einem dysfunktionalen Regierungssystem, das nicht mehr zur Lösung der dringenden Probleme in der Lage schien. Trotz der Revolutionen von 2005 und 2010 und der Einführung eines parlamentarischen Systems blieb das Volk, der eigentliche Souverän, von der staatlichen Macht ausgeschlossen und dieser untergeordnet. Um diese klaffende Lücke zwischen Staat und Souverän zu schließen, wurde die neue Verfassung von 2021 mit einer Reihe populistischer Klauseln gefüllt, die u. a. Passagen aus dem Epos von Manas und vage Bezüge zu »moralischen Werten und traditioneller Mentalität« beinhalten. In diesem Zusammenhang erschien die offizielle Einführung des »Nationalkurultai« als besonders signifikant und weckte hohe Erwartungen. Die Hoffnungen über eine rechtliche Ausstattung des Nationalkurultai mit weitgehenden Kompetenzen wurden jedoch schnell enttäuscht. Am 24. Juli 2023 hat Dschaparow das Verfassungsgesetz »Über den Nationalkurultai« unterzeichnet, in dem dieser nun als beratendes, beobachtendes und öffentlich repräsentatives Gremium definiert wird, das die Rechte und Freiheiten der Bürger gegenüber dem Staat vertreten soll und befugt ist, unverbindliche Empfehlungen zu sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsfragen abzugeben. Die Mitglieder des Kurultai sollen staatliche und rechtliche Angelegenheiten diskutieren und die Absetzung von Ministern oder leitenden Beamten empfehlen. Die tatsächliche Umsetzung von Empfehlungen obliegt jedoch ausschließlich dem Präsidenten, der auch das Alleinrecht zur Einberufung des Kurultai besitzt.

Auch wenn der Kurultai ein überwiegend repräsentatives Organ ohne bindende Kompetenzen bleibt, zeugt dessen verfassungsmäßige Institutionalisierung von Dschaparows Wunsch, die Fehler seiner Vorgänger zu vermeiden und einen möglichst großen Teil der Bevölkerung in das eigene Regierungshandeln einzubinden. Dschaparow sieht den Kurultai als Mittel, öffentliche Debatten »von der Straße« in einen institutionalisierten Rahmen zu bringen und so dem Entstehen von oppositionellen Proteststimmungen zuvorzukommen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet der Kurultai, der auf die elitäre Adelsversammlung von Dschingis Khan zurückgeht, heute als Instrument angesehen wird, dem Demokratiedefizit im Land entgegenzuwirken und die Arbeit der Behörden besser an die Bedürfnisse und Erwartungen der Bevölkerung anzupassen. Der Kurultai soll dabei nicht nur als Organ der öffentlichen Willensbildung fungieren, sondern als kollektives System zur Kontrolle der Arbeit des Präsidenten, der Regierung sowie von Richtern, Beamten und anderen staatlichen Stellen. Die formale Kompetenz, unverbindliche Misstrauensvoten gegen die Regierung und den Präsidenten zu initiieren, stärkt, zumindest

in der Theorie, die von der Regierung zu erbringende Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit. Der Nationalkurultai soll auch die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen stimulieren und die Stimme der Gemeinden auf der nationalen Ebene stärken, insbesondere von den Bezirken, die keinen Vertreter im nationalen Parlament haben. Das Mandat der Delegierten, die von den Dorf- und Bezirksräten gewählt werden, beinhaltet die ausdrückliche Aufgabe, lokale Probleme an den Präsidenten und die Regierung zu vermitteln. Auch können sie von Gemeinde- und Bezirksbeamten Berichte anfordern, was wiederum jene Rechenschaft stärkt, die von Lokalbehörden gegenüber dem Zentralstaat erbracht werden muss.

Am 25. November 2022 fand in Bischkek der erste Nationalkurultai statt, einschließlich der Teilnahme von Präsident Dschaparow. Die wichtigste Resolution beinhaltete einen Aktionsplan, der aus 3.182 Punkten bestand und Maßnahmen zu Fragen der Gerichtsarbeit und Rechtsdurchsetzung, der Lösung sozioökonomischer Probleme, der Landverteilung und der wirtschaftlichen Entwicklung umfasste. Im Dezember 2023 fand der zweite Nationalkurultai statt, bei dem 695 Delegierte aus allen Regionen des Landes teilnahmen, darunter 30 Vertreter ethnischer Minderheiten und 30 Vertreter von im Ausland tätigen Arbeitsmigranten. Diese landesweite Versammlung war insgesamt besser organisiert als der erste Nationalkurultai im Vorjahr und hat einmal mehr die hohe Nachfrage der Gesellschaft nach direktem Austausch zwischen Regierung und Bevölkerung verdeutlicht. Das Format des offenen Dialogs »ohne Vermittler« wurde von den Rednern als wichtiger kommunikativer Aspekt des neuen Systems der Staatsführung anerkannt. Der Präsident legte, ähnlich einer großen Pressekonferenz, Rechenschaft über seine Arbeit und den Fortschritt bei der Umsetzung des Aktionsplans vom ersten Nationalkurultai ab. Dabei konnte man beobachten, wie Dschaparow tatsächlich versucht hat, die Stimmung in der Gesellschaft »von unten« zu erfassen und zu verstehen, wo der bürokratische Apparat ineffizient arbeitet und wo Amtsträger Täuschungsmanöver betreiben. Für die aus den Regionen angereisten Bürger bot die Versammlung eine Gelegenheit, direkt und offen mit dem Staatsoberhaupt über eine breite Palette von Fragen – von kleineren Alltagsproblemen bis hin zu politischen und sozioökonomischen Angelegenheiten – zu diskutieren. Die Übertragungen der Kurultai-Sitzungen in TV und Radio erzielten die höchsten Einschaltquoten und keine andere Veranstaltung im Land hat jemals ein so großes Publikum angezogen. All dies impliziert, dass der Nationalkurultai durchaus in der Lage ist, Transparenz und Rechenschaftspflicht der staatlichen Verwaltung zu erhöhen. Durch die Förderung einer offenen politischen Debatte trägt das Gremium

dazu bei, das politische Bewusstsein und die Bürgerbeteiligung zu stärken und ein Mindestmaß an demokratischer Regierungsführung im Land zu gewährleisten. Zu guter Letzt haben einzelne Beiträge von Delegierten gezeigt, dass es im Land weiterhin Widerspruch gegen Dschaparows Pläne gibt, den Staat als autoritären Wächter[2] vermeintlich allgemeingültiger »Werte« und »Moralvorstellungen« zu etablieren.

### Fazit: die Kehrseite vom Nationalkurultai

Trotz der positiven Entwicklungen im Zusammenhang mit dem zweiten Nationalkurultai bleiben eine Reihe kritischer Punkte und Fragen offen. Ein Hauptkritikpunkt bezieht sich auf den Umstand, dass der Nationalkurultai im Wesentlichen das Parlament dupliziert und eine Parallelstruktur zum Dschogorku Kenesch schafft – mit noch weniger Befugnissen. Der Nationalkurultai bietet dem Präsidenten eine Plattform, sich in einer für ihn bequemen Form vor der Bevölkerung zu rechtfertigen und in vorteilhafter Weise die besten Ergebnisse der Regierungsarbeit vorzustellen. Wie die KPdSU-Parteitage zu Sowjetzeiten ist der Nationalkurultai eine im TV übertragene Massenshow, bei der Delegierte aus den Bezirken, Städten und Regionen etwas sagen können, aber im Großen und Ganzen die Regierung loben und dann wieder auseinandergehen. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die dominante Rolle des Präsidenten. Ein Beispiel hierfür ist die hitzige Debatte über die Änderung der Staatsflagge, wobei direkt am ersten Tag deutlich wurde, dass eine Einigung unter den Delegierten schwierig wird. Fast zwei Drittel der Anwesenden sprachen sich vehement gegen die Änderung der Flagge aus. Nach einer Stellungnahme des Präsidenten am zweiten Tag zugunsten einer Änderung fiel es plötzlich jedoch

viel leichter, zu einem Konsens zu gelangen und einen Beschluss zu fassen – zugunsten der Änderung. Der Fall verdeutlicht, dass es vielen Delegierten an Grundsätzen und Konsequenz mangelt, was wiederum vom Präsidenten zur Steigerung seiner eigenen Legitimität ausgenutzt wird. Der Kurultai bleibt somit ein vom Präsidenten und seinen Interessen dominiertes Organ.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Wahl der Delegierten. Der Auswahlprozess ist undurchsichtig und stark von der Lokalpolitik der jeweiligen Gemeinde geprägt. Die Wahl der Delegierten durch die etablierten Gemeinderäte präferiert finanziell erfolgreiche oder offen pro-präsidentielle Aktivisten und Lokalpolitiker, die sich durch ein Mandat Zugang zum Präsidenten und damit zu persönlicher Macht und staatlichen Ressourcen erhoffen. In diesem Zusammenhang kommen berechtigte Zweifel auf, ob der Nationalkurultai tatsächlich die Interessen der Bevölkerung zu vertreten vermag, oder es sich doch nur um ein populistisches Machtwerkzeug zur weiteren Konsolidierung und Legitimierung des herrschenden Regimes handelt. Die anhaltende Erosion der Rechtsstaatlichkeit und die zunehmende Repression von politischen Gegnern, Aktivisten und Journalisten lässt auf letzteres rückschließen. Auch wenn er die Möglichkeiten zur politischen Bürgerbeteiligung tatsächlich stärkt, ist der Nationalkurultai am Ende ein rein repräsentatives Organ ohne die Kompetenz zur tatsächlichen Durchsetzung von staatlicher Rechenschaftspflicht. Damit etabliert der Nationalkurultai nur eine weitere Fassade von »Volkskontrolle«, hinter der weiterhin jene Machtstrukturen etablierter Patron-Klient-Netzwerke stehen, die bisher jeden Machtwechsel überstanden und sich noch jede verfassungsmäßige Institution angeeignet haben.

#### Über die Autorin:

Dr. *Mahabat Sadyrbek* absolvierte Studiengänge in Politikwissenschaft, Sprachwissenschaft und Rechtswissenschaft in Bischkek und Hannover. Darüber hinaus erwarb sie einen Abschluss in European Studies in Brüssel. Ihre Promotion in Rechtsanthropologie mit dem Thema »Rechtspluralismus in Zentralasien« schloss sie an der Humboldt-Universität zu Berlin ab. Seit 2017 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung »Recht und Ethnologie« am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle an der Saale tätig, wo sie noch immer in einer assoziierten Funktion tätig ist. Ihre E-Mail-Adresse lautet: [mahabat\\_s@yahoo.de](mailto:mahabat_s@yahoo.de).

#### Lesetipps:

- Engvall, Johann. 2011. Flirting with State Failure: Power and Politics and Kyrgyzstan since Independence. *Central Asia-Caucasus Institute & Silk Road Studies Program*. [https://www.silkroadstudies.org/resources/pdf/SilkRoadPapers/2011\\_07\\_SRP\\_Engvall\\_Kyrgyzstan.pdf](https://www.silkroadstudies.org/resources/pdf/SilkRoadPapers/2011_07_SRP_Engvall_Kyrgyzstan.pdf)
- Hope, Michael. 2012. The Transmission of Authority through the Quriltai of the Early Mongol Empire and the Ilkhānate of Iran (1227–1335). *Mongolian Studies* 34: 87–115. [https://www.jstor.org/stable/90015513?read-now=1&seq=30#page\\_scan\\_tab\\_contents](https://www.jstor.org/stable/90015513?read-now=1&seq=30#page_scan_tab_contents)
- Sadyrbek, Mahabat. 2021. Präsidentschaftswahl und Referendum in Kirgistan. Zwei Schritte zurück im kirgisischen »Demokratie-Experiment«? *Zentralasien-Analysen* 145: 2–5. <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/145/praesidentschaftswahl-und-referendum-in-kirgistan-zwei-schritte-zurueck-im-kirgisischen-demokratie-experiment/>



- Sadyrbek, Mahabat. 2024. Entwicklung der Zivilgesellschaften in Zentralasien Fragen, Herausforderungen und Perspektiven. *Zentralasien-Analysen* 161: 6–10. <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/161/entwicklung-zivilgesellschaft-zentralasien/>
- Schmitz, Andrea. 2021. Kirgistans dritte Revolution. *SWP-Aktuell*, Nr. 4 Januar 2021. [https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2021A04\\_UmbruchKirgistan.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2021A04_UmbruchKirgistan.pdf)
- Temirkoulov, Azamat. 2004. Tribalism, Social Conflict, and State-Building in the Kyrgyz Republic. *Berliner Osteuropa Info* 21: 94–100. [https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.oei.fu-berlin.de/media/publikationen/boi/boi\\_21/15\\_forum\\_temirkoulov.pdf&ved=2ahUKewif25z-nriGAxWwQPEDHV4qDh0QFnoECDMQAQ&usg=AOvVaw1Ir4NBEV2GzXmyBEcK7qAa](https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.oei.fu-berlin.de/media/publikationen/boi/boi_21/15_forum_temirkoulov.pdf&ved=2ahUKewif25z-nriGAxWwQPEDHV4qDh0QFnoECDMQAQ&usg=AOvVaw1Ir4NBEV2GzXmyBEcK7qAa)

#### Verweise

[1] <http://www.historyofparliamentonline.org/periods/medieval>

[2] <https://www.zois-berlin.de/publikationen/zois-spotlight/unter-dem-vorwand-der-tradition-die-unterdrueckung-der-medien-in-kirgistan>

## KOMMENTAR

### Kollektivbestrafung. Zu den Implikationen des Terroranschlags auf die Crocus City Hall für die Situation zentralasiatischer Arbeitsmigranten in Russland.

Malika Bahovadinova (University of Amsterdam)

*«Ничего, ничего не бойся,  
Ни огня, ни звенящую тень,  
Утром кровью своей умойся  
И встряхни расцветающий день...»*

*Piknik in ihrem Song »Ничего, ничего не бойся«*

*»Nichts, fürchte dich vor nichts,  
Weder dem Feuer noch dem hallenden Schatten,  
Wasche dich morgens mit deinem Blut,  
Und erwecke den aufblühenden Tag...«*

Olga und Jefim<sup>[1]</sup> waren aufgeregt, als sie am Freitagabend des 22. März 2024 an der Crocus City Hall im Moskauer Vorort Krasnogorsk ankamen. Das Publikum strömte langsam in den großen Saal, in dem später die Rockband Piknik auftreten sollte. Das Konzert war restlos ausverkauft, entsprechend hoch waren die Erwartungen der eintreffenden Besucher an den Auftritt. Als Olga und Jefim durch den Eingangsbereich in Richtung Saal gingen, hörten die beiden Schreie und Lärm aus dem Bühnenbereich. Zuerst dachten sie, die Musiker stehen schon auf der Bühne und werden vom Publikum bejubelt, weshalb sie ihr Tempo in Richtung Saal erhöhten. Erst als sie die Schüsse hörten, verstanden Olga und Jefim, dass die Dinge anders lagen. Sie drehten auf der Stelle um, gingen eine Treppe runter, fanden eine Toilette und versteckten sich dort mit anderen. Sie hielten die Tür geschlossen und hofften, die Männer mit den Gewehren würden sie nicht finden. Als unter der Tür Rauch durchkam, rannen sie alle nach draußen. Es trafen bereits Krankenwagen ein und Olga schloss sich den Hilfskräften an.

An diesem Abend hat eine Gruppe von vier Männern, die mit Sturmgewehren und Messern bewaffnet waren, die Konzerthalle angegriffen. Nachdem sie die Wachen am Eingang erschossen hatten, gingen sie in die Lobby und ermordeten Besucher, die zu spät zum Konzert gekommen waren. Die Aufnahmen einer Überwachungskamera zeigen vier Männer, die ihre Waffen mit großer Sicherheit einsetzen und gezielt jeden erschießen, die oder der in ihr Sichtfeld kommt. Nach ihrer Tat, die nur 13 Minuten dauerte, setzten sie die Halle mit Benzin in Brand und verließen ungehindert das Gebäude. Bei dem Anschlag, dem tödlichsten in Russland seit der Geiselnahme von Beslan 2004, wurden 145 Menschen getötet und 551 weitere verletzt.

Nur zwei Tage nach diesem tragischen Ereignis wurden wir alle Zeugen eines weiteren Gewaltaktes. Am 24. März 2024 präsentierten die russischen Sicherheitsbehörden vor dem Moskauer Bezirksgericht Basmany vier Männer, die noch in der Nacht des Anschlags während ihrer Flucht aus Moskau festgenommen wurden.

Alle vier Verdächtigen wiesen Anzeichen extremer Folter auf, der sie offensichtlich während der Polizeigewalt ausgesetzt waren. Bei der Anklageverlesung wurde auch die Identität der vier Männer bekanntgegeben, wobei in russischen und westlichen Medien vor allem ihre tadschikische Staatsangehörigkeit und ihr Migrationsstatus herausgestellt wurden. Der russischen Öffentlichkeit schien am wichtigsten zu sein, dass einer der Männer nicht wusste, wo er in Russland gemeldet war. In Tadschikistan, der ärmsten Republik in Zentralasien, nahm man die unverhohlene Zurschaustellung von Folter durch die russischen Behörden mit Schock auf. Schließlich arbeitet jeder zehnte Staatsangehörige Tadschikistans in Russland, was auf den Mangel an wirtschaftlichen Möglichkeiten im Land zurückzuführen ist, in dem es bis heute keinerlei Reformen gibt. Diejenigen, die wie ich zu Migration in Russland forschen, wussten sofort, dass eine kollektive Bestrafung tadschikischer Staatsangehöriger und anderer ausländischer Arbeiter in Russland bevorsteht, die sich als Welle rassistisch motivierter Rachegehalt entladen würde. Es war klar, dass Arbeitsmigranten die Hauptlast für einen Anschlag tragen würden, mit dem sie nichts zu tun hatten, für den sie jedoch trotzdem als kollektiver Sündenbock herhalten müssen.

Diejenigen, die zum Arbeiten nach Russland gehen, finden sich oft in den unteren Nischen des russischen Arbeitsmarktes wieder. Die ohnehin stark marginalisierten Arbeitsmigranten aus Tadschikistan sind daher in besonderem Maße dafür prädestiniert, den Rachegefühlen der russischen Öffentlichkeit als projektive Zielscheibe zu dienen. Zur Rationalisierung der kollektiven Bestrafung wurde umgehend das altbekannte Bild vom »illegalen Migranten« mobilisiert. Bei Polizeieinsätzen mit Codewörtern wie »illegal« sollten alle ausfindig gemacht werden, die irgendwie unter jene Kategorie fallen, die »die anderen« repräsentiert, also vor allem Menschen mit dunklerer Hautfarbe. Während Maßnahmen zur Abschiebung von Migranten intensiviert wurden und die Polizei auf der Straße wahllos Menschen mit dunklerem Phänotyp angehalten hat, wurden andernorts Geschäfte von Arbeitsmigranten angegriffen.

Es ist allerdings nicht das erste (und wohl auch nicht das letzte) Mal, dass vulnerable Arbeitsmigranten in Russland zum Ziel kollektiver Beschuldigungen werden. Und das ist natürlich kein auf Russland beschränktes Phänomen. Der amerikanische »Krieg gegen den Terror« hat einen organisatorischen Diskurs geschaffen, der sich in der Praxis zu einem globalen Krieg gegen Muslime entwickelt hat. Rechtsextreme Kräfte in Europa profitieren aktuell von einer Welle migrationsfeindlicher Stimmungen und mobilisieren dabei ebenfalls das Bild vom »illegalen Migranten« für den eigenen politischen Vorteil. In der Reaktion des russischen Staates auf

den Terrorangriff zeigt sich schließlich eine Konvergenz dieser Diskurse über »die anderen«. Für Russland spezifisch ist dabei das gegenwärtige Ausmaß der offiziellen Billigung von Gewalt, die Migranten alltäglich als kollektive Bestrafung erfahren. Die Bedingungen, die dieser offiziell sanktionierten Gewalt zugrunde liegen, konnte man seit Jahren beobachten.

Russlands Migrationsgesetzgebung ist wie gemacht für die kollektive Bestrafung von Arbeitsmigranten. Aufgrund der obskuren Bestimmungen des russischen Migrationsrechts kann es Migranten in Russland sehr leicht passieren, ohne Papiere oder »irregulär« dazustehen. Nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 und insbesondere seit 2013 hat sich die russische Migrationsgesetzgebung zudem in Richtung Kriminalisierung und Finanzialisierung verschoben. Diese komplementären Entwicklungen gingen mit einer Fülle an Gesetzesänderungen und der Einführung eines elektronischen Systems zur Nachverfolgung ausländischer Staatsangehöriger einher. Unter diesem neuen System konnten Migranten fortan aufgrund von Ordnungswidrigkeiten den Status von »Illegalen« annehmen. So ziehen zum Beispiel Bußgelder für Taxifahrer die Verhängung von Wiedereinreiseverboten nach sich: drei Geldbußen für tatsächliche oder vermeintliche Verkehrsverstöße (selbst wenn diese bezahlt wurden) sind laut Strafgesetzbuch seitdem ein Grund für »illegal« erklärt zu werden. Außerhalb des offiziellen Wohnsitzes zu leben wurde ebenfalls kriminalisiert und führt zu Geldstrafen und anschließender Ausweisung mit Wiedereinreiseverbot (was im Grunde ein System der selbstfinanzierten Abschiebungen geschaffen hat, da diejenigen, die per gerichtlicher Anordnung zur Ausreise aufgefordert werden, Russland selbst verlassen müssen). Das Migrationsrecht hat sich rapide in Richtung Strafrecht verschoben und dadurch wenig überraschend neue Arten von Rechtswidrigkeiten generiert. Auch wurde 2016 der russische Föderale Migrationsdienst (FMS) aufgelöst und dessen Aufgaben dem Innenministerium unterstellt, was einmal mehr verdeutlicht hat, dass Migration fortan als Frage der inneren Sicherheit gilt.

Die Einführung eines komplizierten Systems von kostenpflichtigen Arbeitserlaubnissen (russ.: »patenty«) für ausländische Staatsangehörige aus visumbefreiten Nicht-EAWU-Ländern (wie Tadschikistan) sollte Arbeitsmigration finanzialisieren und die Präsenz von Arbeitsmigranten für den russischen Staat profitabel machen. Gleichzeitig ist die Finanzialisierung ein weiteres Mittel zur Ausweitung der staatlichen Kontrolle von Arbeitsmigranten. Für den Erhalt einer Arbeitserlaubnis muss ein Migrant eine Reihe von Tests absolvieren, darunter einen Russisch-Sprachtest und solche zur russischen Geschichte und zum Migrationsrecht. Eine weitere Voraussetzung ist der Erhalt einer medizi-

nischen Bescheinigung über die körperliche »Eignung« für eine Arbeitstätigkeit in Russland. Dabei sind alle diese Prozeduren monetarisiert: für das »Privileg«, in Russland arbeiten zu dürfen, wird von den Migranten die Bereitschaft erwartet, Hunderte von Dollar aufzuwenden. Damit hören die Kosten aber nicht auf, da ausländische Staatsangehörige für die Arbeitserlaubnis eine saftige monatliche Gebühr zahlen müssen, die in Wirklichkeit einer Migrationssteuer entspricht. Zusammengekommen bedeutet das alles nichts anderes, als dass es für Migranten extrem schwierig und teuer ist, immer allen rechtlichen Vorgaben ihres Aufenthaltes in Russland zu entsprechen. Das bürokratisierte Verfahren für den Erhalt einer Arbeitserlaubnis dient hauptsächlich der Überwachung und Kontrolle von Migranten, die den Behörden im Verlauf der Prozedur ihre biometrischen Daten und andere Informationen bereitstellen müssen. Die staatliche Überwachung wird durch alltägliche Kontrollmaßnahmen seitens der Polizei weiter verschärft. Eines der wichtigsten Instrumente zur Identifizierung von Verstößen gegen das Migrationsrecht ist schließlich die Polizeirazzia, wobei es sich in Wirklichkeit um überfallartige Aktionen zur Einschüchterung von Migranten an ihren Arbeitsplätzen und Wohnorten handelt.

Für den russischen Staat ist die Polizeirazzia, als besonders institutionalisierte Form der Repression, seit März das Mittel der ersten Wahl, um Arbeitsmigranten und insbesondere jene aus Tadschikistan für den Anschlag zu bestrafen. Trotz der Erklärungen des russischen und tadschikischen Präsidenten, dass Terroristen keine Nationalität hätten, sehen wir anhand der Hervorhebungen in den Berichten von Polizei und Medien, dass sie sehr wohl eine haben. Für die betroffenen Migranten zeigen sich die Implikationen dieser Umstände in einer Zunahme des *Racial Profiling*, der verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen, der unangekündigten Durchsuchungen am Arbeitsort und der Diskriminierung auf der Straße. Die Stadtregierungen von Moskau und St. Petersburg haben sich damit gebrüstet, 1.500 »ille-

gale« Personen ausfindig gemacht zu haben, die daraufhin auf Anordnung lokaler Gerichte ausgewiesen wurden. Traurigerweise wird das alles wohl noch eine Zeit lang so weitergehen. Auch fühlen sich ultrarechte und nationalistische Gruppen in ihrer Ausübung von Gewalt gegen unschuldige Arbeitsmigranten und Angehörige ethnischer Minderheiten in Russland weiter bestärkt, was dem ohnehin inhumanen Migrationsregime eine weitere abscheuliche Facette hinzufügt.

Vereinzelte Forderungen nach Einführung einer Visumpflicht für die zentralasiatischen Staaten werden wahrscheinlich nicht greifen: Zur Bewältigung seiner demographischen Krise braucht Russland ausländische Arbeitskräfte. Doch selbst mit den Millionen Arbeitern aus Zentralasien wird es Russland kaum möglich sein, den langfristigen Bevölkerungsrückgang aufzuhalten. Die russische Bevölkerung schrumpft jährlich um eine halbe Million und wird bis 2030 vermutlich auf 143 Millionen zurückgehen[2]. Russland wird also weiterhin jene aktuell besonders geringschätzig behandelten Menschen brauchen, die Häuser und Gebäude bauen, Straßen reinigen, Patienten pflegen, in den Fabriken schufteten und als Studenten die Universitäten füllen. Eine grundlegende Revision der aktuellen Migrationspolitik ist daher nicht zu erwarten. Der Bedarf an Arbeitskräften wird weiter zunehmen, genauso wie die Praktiken, ausländische Staatsangehörige mittels Migrationsrecht, Polizei und Tolerierung von rechtsextemer Gewalt[3] zu disziplinieren. Es wäre jedoch ein Irrtum, den Menschen, die auf der Suche nach wirtschaftlichen Möglichkeiten, besseren Bildungschancen und Lebensperspektiven nach Russland kommen, jegliche Handlungsmacht abzusprechen. Die Implikationen vom Anschlag auf die Crocus City Hall machen nur deutlich, dass Migranten in Russland diese Handlungsmacht in harschen und immer brutaleren Bedingungen ausüben müssen.

*Aus dem Englischen von Hartmut Schröder*

#### *Über die Autorin*

Dr. *Malika Bahovadinova* ist politische Anthropologin und beschäftigt sich mit Politik der Repräsentation und den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft. Derzeit ist sie Postdoc an der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität Amsterdam. In ihrem demnächst erscheinenden Buch, *Making Migrants: International Migration Management in Tajikistan*, erforscht sie die Bürokratie der Migrationsverwaltung und den Stand des Migrationsrechts im post-sozialistischen Tadschikistan.

#### *Verweise*

[1] <https://iz.ru/1672812/2024-03-27/vyzhivshie-vo-vremia-terakta-v-krokuse-suprugi-priekhali-na-vecher-pamiati>

[2] <https://novayagazeta.ru/articles/2023/05/02/do-dna-iamy-v-kotoruiu-my-sezhaem-primerno-sem-let-media>

[3] <https://www.sova-center.ru/files/books/pe23-text.pdf>



## 01. April – 31. Mai 2024

### Kasachstan

*Die Chronik für den Zeitraum April bis Mai zu Tadschikistan und Usbekistan finden Sie demnächst auf der Website der Zentralasien-Analysen: <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/chronik?c=tadschikistan,usbekistan&d1=2024-04-01&d2=2024-05-31>*

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Zentralasien-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Rostam Onori und Richard Schmidt*

*Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

01.04.2024	Präsident Kassym-Dschomart Tokajew entlässt die Vorsitzende der Obersten Rechnungskammer, Natalja Godunowa, und ersetzt diese durch den ehemaligen Premierminister Alichan Smailow. Godunowa hatte bei einer Ansprache an das Parlament im Juni 2023 der damaligen Regierung unter Smailow die irrationale Verwendung von Haushaltsmitteln durch unnötige Inanspruchnahme von Auftragnehmern und Zulieferern für die Bereitstellung öffentlicher Dienste vorgeworfen.
01.04.2024	Der im September 2022 wegen Veruntreuung zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilte Neffe des ehemaligen Präsidenten Nursultan Nasarbajew, Kairat Satybaldy, gesteht illegal angeeignetes Geld im Wert von 183 Mio. US-Dollar gewaschen zu haben und verspricht die Summe an den kasachstanischen Staat zurückzuzahlen.
01.04.2024	Laut der Aktivistin Galina Tschernowa hat ihre Umweltgruppe auf Satellitenbilder nahe dem Kaschagan-Ölfeld im Kaspischen Meer einen Ölteppich von sieben Quadratkilometern entdeckt. Der Betreiber des Ölfeldes dementiert den Austritt von Öl ins Kaspische Meer.
02.04.2024	Laut Tengrinews wurde die Wachsfigur des ehemaligen Präsidenten Nursultan Nasarbajew aus dem Staatlichen Militärgeschichtlichen Museum in Astana entfernt.
02.04.2024	Das Verteidigungsministerium dementiert die vom Duma-Abgeordneten Andrei Gurulew geäußerte »Vermutung«, dass ein kürzlicher ukrainischer Drohnenschlag auf eine russische Ölraffinerie in der Republik Tatarstan von kasachstanischem Boden ausgegangen sein könnte. Demnach »zielen solche Unterstellungen darauf ab, die Republik Kasachstan zu diskreditieren.«
02.04.2024	In Astana findet das 19. Treffen der Vorsitzenden der Nationalen Sicherheitsräte der Mitglieder der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) statt. Präsident Tokajew fordert die Anwesenden auf, aktiv die Situation in Afghanistan zu beobachten, um rechtzeitig potenzielle Aktivitäten von transnationalen Terrorgruppen zu erkennen. Der Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, behauptet, die ukrainische Botschaft in Duschanbe würde tadschikische Söldner für den Kampf gegen Russland rekrutieren, was vier Tage später vom tadschikischen Außenministerium dementiert wird.
04.04.2024	In Aktau findet eine Konferenz der operativ-taktischen Führungsstäbe der Verteidigungsministerien von Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan statt, wobei sich auf die Durchführung von gemeinsamen Militärübungen in Kasachstan im Juli mit dem Namen »Die Einigkeit – 2024« geeinigt wird.
04.04.2024	Nach schmelzwasserbedingten Überflutungen in zehn Gebieten wird für den gesamten Norden und Nordwesten der Notstand verhängt. Im Gebiet Aktobe brechen die Staudämme Magajan und Schtscherbakow, woraufhin weitere Einwohner nahegelegener Dörfer evakuiert werden müssen.
05.04.2024	Präsident Tokajew wird in Chiwa (Usbekistan) von seinem usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew zu informellen Gesprächen über die Zusammenarbeit im Rahmen der bilateralen Allianz empfangen. Themenschwerpunkte sind Energie, Wasserwirtschaft, IT, Transport, Möglichkeiten zur Steigerung des Handels und das gemeinsame Projekt einer trans-afghanischen Eisenbahnstrecke von Zentralasien nach Pakistan, für deren Bau sich beide Seiten auf die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens einigen. Tokajew bezeichnet das »kasachisch-usbekische Tandem« als »Lebensnotwendigkeit für die Entwicklung unserer Länder.«
05.04.2024	Laut dem kasachstanischen Dienst von RFE/RL wird der 2019 wegen Hochverrat zu 19 Jahren Freiheitsentzug verurteilte kasachstanische Sinologe Konstantin Syrojeschkin aus unbekanntem Gründen vorzeitig auf Bewährung aus der Haft entlassen. Syrojeschkin wurde damals vorgeworfen, interne Dokumente an chinesische Nachrichtendienstmitarbeiter verkauft zu haben.
08.04.2024	In Astana findet die fünfte Sitzung der indisch-kasachstanischen Arbeitsgruppe zur Terrorbekämpfung statt. Themen sind u. a. grenzüberschreitender Terrorismus und aktuelle Sicherheits Herausforderungen in Südasien.
09.04.2024	Der im kasachstanischen Energieministerium tätige Berater Schyngys Iljasow dementiert eine Nachricht von Reuters, laut der Russland von Kasachstan eine »Reservelieferung« von 100.000 t Benzin angefragt hat. Nach wiederholten ukrainischen Drohnenschlägen auf russische Ölraffinerien ist die russische Kapazität zur Ölraffinerie nach russischen Angaben um 14 % gesunken.
13.04.2024	Angesichts der schweren Überflutungen in Nordwestkasachstan sagt Präsident Tokajew das diesjährige Astana International Forum (AIF) ab, das im Juni stattfinden sollte. Demnach brauche man die so gesparten Mittel für Erleichterungsmaßnahmen und Hilfe für Betroffene. Bisher mussten über 119.000 Menschen evakuiert werden, davon 35.000 allein aus Kulsary (Gebiet Atyrau).
15.04.2024	Präsident Tokajew wird vom armenischen Premierminister Nikol Paschinjan in Jerewan zu Gesprächen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Verkehr, Investitionen und Logistik empfangen. Tokajew begrüßt die von Paschinjan vorgeschlagene Initiative »Crossroads of Peace« für den Südkaukasus; Kasachstan sei bereit, eine Plattform für Verhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan anzubieten. Laut Tokajew wolle Kasachstan das Exportvolumen nach Armenien auf 350 Mio. US-Dollar steigern.

15.04.2024	Nachdem der Iran am Vorabend mit hunderten Drohnen, Marschflugkörpern und ballistischen Raketen Israel angegriffen hat, drückt das kasachstanische Außenministerium angesichts der Eskalation seine »große Besorgnis« aus und ruft die Seiten zu »militärischer Zurückhaltung« auf, um die Situation im Nahen Osten nicht weiter zu destabilisieren.
15.04.2024	Präsident Tokajew unterzeichnet ein vier Tage zuvor vom Senat gebilligtes Gesetz, das die Strafen für Gewalttaten an Frauen und Kindern deutlich erhöht und u. a. für an Minderjährigen begangene Mord- oder Sexualdelikte zwingend lebenslange Haft vorsieht. Fälle von häuslicher Gewalt werden eindeutig kriminalisiert, wodurch bei Verdacht auch ohne Anzeige ermittelt wird und eine Versöhnung zwischen Täter und Betroffenen/Betroffener nicht mehr zur Einstellung der Ermittlungen führt. Das Gesetz nivelliert ein 2017 verabschiedetes Gesetz, das häusliche Gewalt de-facto entkriminalisiert hat.
16.04.2024	Präsident Tokajew reist in die Gebiete Nordkasachstan und Kostanai, um sich ein Bild von den dortigen, schmelzwasserbedingten Überschwemmungen zu machen und mit evakuierten Personen zu sprechen. Laut Tokajew handelt es sich um das »größte Desaster« in Kasachstan seit 80 Jahren.
16.04.2024	Auf der Regierungswebsite Open Legal Acts wird bekannt gegeben, dass sich Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan für den gemeinsamen Bau des geplanten Wasserkraftwerkes Kambarata-1 in Kirgistan auf die Gründung einer gemeinsamen Aktiengesellschaft geeinigt haben. Nach der Fertigstellung soll das Kraftwerk in vollständigen Besitz Kirgistans gehen.
17.04.2024	Das Parlament verabschiedet Abänderungen des Mediengesetzes, die u. a. dem Außenministerium die Möglichkeit einräumen, ausländischen Medien die Akkreditierung zu verweigern, wenn diese »eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen.« Auch müssen sich alle Online-Medien künftig auf eine Registrierung beim Informationsministerium bewerben. Laut dem International Press Institute (IPI) riskieren die Abänderungen, die Arbeit von ausländischen Korrespondenten in Kasachstan zu behindern.
18.04.2024	Das Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen kündigt an, 448,2 Mio. US-Dollar für die Entwicklung des Recyclingsektors investieren zu wollen. Insgesamt seien 94 Projekte geplant.
19.04.2024	Nach bilateralen Gesprächen zu Fragen der Zusammenarbeit weihen Präsident Tokajew und sein kirgisischer Amtskollege Sadyr Dschaparow in Astana ein Denkmal von Aikol Manas ein, dessen Geschichte im gleichnamigen Nationalepos von Kirgistan erzählt wird. Laut Tokajew spiegelt das Denkmal das gemeinsame kulturelle Erbe zwischen Kasachstan und Kirgistan und die gemeinsamen Wurzeln der türkischen Welt wider. Zuvor wurden gemeinsam sieben Dokumente unterzeichnet, u. a. ein Übereinkommen »über die Vertiefung und Ausweitung der alliierten Beziehungen«. Das jährliche Handelsvolumen soll von 1,5 auf zwei Mrd. US-Dollar gesteigert werden.
23.04.2024	Laut Premierminister Olschas Bektenow zieht sich das Wasser nach einem Monat Überschwemmung in Petropawl (Gebiet Nordkasachstan) und Kulsary langsam zurück.
23.04.2024	Im Gebiet Almaty musste die Feuerwehr eigenen Angaben zufolge Helikopter und 195 t Wasser zur Bekämpfung von Waldbränden einsetzen.
23.04.2024	Präsident Tokajew empfängt den britischen Außenminister David Cameron in Astana zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Investitionen, Energie sowie kultureller und humanitärer Austausch. Laut Cameron »sage man [das Vereinigte Königreich] nicht, dass Kasachstan oder jedes andere Land eine Wahl treffen muss. Wir sind hier weil wir glauben Sie sollen die Wahl haben, sich mit uns in einer Weise zusammenschließen, die gut für unsere [gemeinsame] Sicherheit und unseren [gemeinsamen] Wohlstand ist.« Den Gesprächen ist die gemeinsame Unterzeichnung eines Abkommens über die Etablierung einer strategischen Partnerschaft vorausgegangen, die u. a. das Studium und die Lehre der kasachischen Sprache an der University of Oxford vorsieht.
24.04.2024	Der stellvertretende Premierminister Serik Dschumangarin äußert bei Gesprächen mit seinem Taliban-»Amtskollegen« Abdul Ghani Baradar in Kabul, dass Kasachstan bereit sei, den Bau der trans-afghanischen Eisenbahn zwischen Masar-e Scharif, Kabul und Peschawar (Pakistan) mit heimisch produzierter Eisenbahninfrastruktur zu unterstützen. Am selben Tag wurde ein Pilotprojekt gestartet, um Güter per multimodalem Transport von Kasachstan via Usbekistan, Afghanistan, Pakistan und den Indischen Ozean in die VAE zu liefern.
24.04.2024	Die Partei »Alga Kazachstan« (»Vorwärts Kasachstan«) versucht zum 24. Mal seit der Gründung im Mai 2022 vergeblich eine offizielle Registrierung beim Justizministerium zu erwirken.
25.04.2024	Laut Asia-Plus sitzen bereits seit drei Tagen rund 180 Fahrzeuge mit tadschikischen Nummernschildern an der kasachstanisch-russischen Grenze fest, nachdem ihnen die Einreise nach Russland verwehrt wurde.

26.04.2024	Präsident Tokajew empfängt den chinesischen Verteidigungsminister Dong Jun in Astana zu Gesprächen über die bilaterale »friedenserhaltende und militärisch-technische« Zusammenarbeit und die multilaterale Zusammenarbeit in Formaten wie UN, SOZ und der Conference on Interaction & Confidence Building Measure in Asia (CICA). Laut Tokajew vertreten China und Kasachstan »ähnliche Ansichten zu den wichtigsten Fragen der regionalen und internationalen Sicherheit.«
26.04.2024	In Astana beginnt das Treffen der SOZ-Verteidigungsminister, auf dem sich u. a. die Verteidigungsminister von China und Iran sowie Russland und Iran untereinander jeweils auf eine Ausweitung der militärischen und militärtechnischen Zusammenarbeit verständigen.
27.04.2024	Beamte der Verkehrsministerien aus Afghanistan, Kasachstan und Turkmenistan haben bei einem Treffen in Astana Zollregelungen erörtert, welche die Durchfahrt von Zügen aus China nach Afghanistan, Pakistan, Indien und in den Nahen Osten beschleunigen sollen. Ziel ist, die Lieferzeiten für Waren, die auf dem Landweg von China zur turkmenisch-afghanischen Grenze transportiert werden, auf zehn bis 12 Tage zu verkürzen. Kasachstan hat afghanischen Unternehmen die Nutzung eines kürzlich in der chinesischen Stadt Xian eröffneten Logistikterminals angeboten, um die Einfuhr von Solarzellen, Dieselgeneratoren, Mobiltelefonen und Büroausstattung zu erleichtern.
30.04.2024	Der ehemalige Innenminister Jerlan Turgumbajew wird wegen des Verdachtes auf Amtsmissbrauchs während der Januar-Proteste 2022 festgenommen. Details sind nicht bekannt.
01.05.2024	Auf dem Tashkent International Forum einigen sich die Energieministerien von Kasachstan, Usbekistan und Aserbaidschan auf eine Zusammenarbeit zur Verbindung der Energiesysteme der drei Länder. In einem ersten Schritt soll die Machbarkeit von der Verlegung von Hochspannungsunterseekabeln durch das Kaspische Meer untersucht werden.
02.05.2024	Laut dem Taliban-»Handelsminister« Nooruddin Azizi wurde sich bei Gesprächen mit Vertretern Kasachstans und Turkmenistans in Kabul darauf geeinigt, in Herat (Westafghanistan) ein gemeinsames Logistikdreieck für den regionalen Warenexport zu bauen, über das u. a. Erdöl aus Russland nach Südasien exportiert werden soll. In den kommenden zwei Monaten soll ein Übereinkommen über die Formalitäten und Details ausgearbeitet werden.
02.05.2024	Laut Ministerium für Wasserressourcen konnte ein Kubikkilometer Schmelzwasser, das die letzten Wochen in Nord- und Nordwestkasachstan zu Hochwasser geführt hat, ins Kaspische Meer abgeleitet werden, wo es in den letzten Jahren zu einem Abfall des Wasserpegels gekommen war.
03.05.2024	Qazaqgaz und die katarische UCC Holding einigen sich auf eine Zusammenarbeit bei vier großen Erdgasprojekten in Kasachstan, darunter den Bau von zwei Gasaufbereitungsanlagen, einer Gaskompressorstation und einem zweiten Strang der Beineu-Bozoi-Schymkent Gaspipeline.
03.05.2024	Um Haushaltsmittel zu sparen werden am Tag des Verteidigers des Vaterlandes am 7. Mai und dem Tag des Sieges am 9. Mai zum sechsten Jahr in Folge keine Militärparaden stattfinden, lässt das Verteidigungsministerium verlautbaren.
08.05.2024	Präsident Tokajew nimmt in Moskau an der Sitzung des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates und am Folgetag u. a. mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin am Roten Platz an der Militärparade zum Tag des Sieges der Sowjetunion über das Deutsche Reich teil.
09.05.2024	Im Dorf Maraldy (Gebiet Ostkasachstan) löst die Polizei gewaltsam eine Demonstration von ca. 100 Personen auf, die gegen den Bau einer Goldverarbeitungsanlage und die mögliche Verschmutzung des nahen Maraldy-Flusses demonstriert haben. Laut der Polizei soll es zuvor zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und Arbeitern der Baustelle gekommen sein.
10.05.2024	Die Polizei beginnt ein Strafermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Botschaftsrat, Saken Mamasch, wegen des Verdachtes auf Folter. Das Außenministerium hat Mamasch drei Tage zuvor von seinem Posten an der kasachstanischen Botschaft in Abu Dhabi abgezogen, nachdem dessen Ehefrau Karina Mamasch in sozialen Medien körperliche Misshandlungen durch ihren Ehemann öffentlich gemacht hat.
10.05.2024	In Almaty beginnen unter der Gastgeberschaft von Außenministers Murat Nurtleu Gespräche zwischen den Außenministern Armeniens und Aserbaidschans, Ararat Mirsojan und Jeyhun Bayramow, über die Modalitäten eines möglichen bilateralen Friedensvertrags. Die Gespräche enden mit einer Einigung bei der Frage, welche Karten für die Delimitation der armenisch-aserbaidschanischen Grenze genutzt werden sollen, und identischen Stellungnahmen, laut denen »die Parteien vereinbart haben, die Verhandlungen über offene Fragen, bei denen noch Differenzen bestehen, fortzusetzen.«

13.05.2024	Ein Gericht in Astana verurteilt den ehemaligen Wirtschaftsminister Kuandyk Bischimbajew wegen »Mord, der mit extremer Grausamkeit begangen wurde« und dessen Verwandten Bachtydschan Baidchanow wegen Beihilfe zum Mord zu 24 bzw. vier Jahren Freiheitsentzug. Bischimbajew hat seine Ehefrau Saltanat Nukenowa im November 2023 während einer achtstündigen Gewalttat in einem Restaurant in Astana durch wiederholte Schläge getötet. Der per Livestream übertragene siebenwöchige Gerichtsprozess wurde zeitweilig von mehreren Millionen Zuschauer:innen verfolgt.
14.05.2024	Laut dem Vorstandsvorsitzenden des Nationalen Wohlfonds Samruk-Kazyna, Nurlan Dschakupow, plane man den Export von Erdgas bis 2026 einzustellen, da alle verfügbaren Reserven für die eigene Wirtschaft benötigt würden.
17.05.2024	Bei einem bilateralen Investitionsrundtisch in Astana unterzeichnen kasachstanische und malaysische Firmen Übereinkommen im Gesamtwert von über 350 Mio. US-Dollar. Kooperationen umfassen u. a. die Bereiche Nahrungsmittelindustrie, Bergbau, Goldverarbeitung und die gemeinsame Herstellung von Transformatoren- und KfZ-Öl. Aktuell sind 48 malaysische Firmen in Kasachstan tätig, der bilaterale Handelsumsatz lag im Jahr 2023 bei 245 Mio. US-Dollar.
18.05.2024	Laut dem russischen Dienst von BBC hat die kasachstanische Polizei und die russische Militärpolizei am 23. April in Astana zum ersten Mal in Kasachstan einen russischen Vertragssoldaten wegen dessen Desertierung von seinem Posten in Ulan-Ude (Republik Burjatien) festgenommen. Der Festgenommene wurde im Anschluss in die russische Militärbasis in Priorsersk (Gebiet Karaganda) gebracht.
20.05.2024	Nach eigenen Angaben hat die katarische Lesha Bank die kasachstanische Bereke Bank, eine ehemalige Tochter der russischen Sberbank, für 147 Mio. US-Dollar von der kasachstanischen Regierung übernommen.
20.05.2024	Präsident Tokajew empfängt den Vorsitzenden der Großen Nationalversammlung der Türkei, Numan Kurtulmuş, in Astana zu Gesprächen über den Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und die Vertiefung der multilateralen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Organisation der Turkstaaten (OTS). Laut Tokajew ziele man im laufenden Jahr auf einen bilateralen Handelsumsatz im Wert von zehn Mrd. US-Dollar. Laut Tokajew belief sich der Umsatz im Jahr 2023 auf sechs Mrd. US-Dollar.
21.05.2024	In Astana beginnt das SOZ-Außenministertreffen unter Vorsitz von Außenminister Nurtleu. Im Vorfeld hat Präsident Tokajew den russischen Außenminister Sergei Lawrow und den chinesischen Außenminister Wang Yi zu Gesprächen über die jeweilige bilaterale Zusammenarbeit empfangen. Wang hat Beijings Bereitschaft erklärt, »Kasachstan bei seinen Bemühungen fest zu unterstützen, seine Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen« und dass Beijing »jeden Versuch der externen Einmischung in die internen Angelegenheiten Kasachstans ablehnt.«
27.05.2024	Präsident Tokajew empfängt den turkmenischen Außenminister Raschid Meredow in Astana zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit bei der Umsetzung gemeinsamer Projekte in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Energie, Transport und Logistik.
28.05.2024	Laut Energieminister Almasadam Satkalijew plane man die Produktion von petrochemischen Erzeugnissen im laufenden Jahr auf 628.300 t und damit um 75 % im Vergleich zum Vorjahr zu steigern.
29.05.2024	Außenminister Nurtleu nimmt in Rom am dritten Italien-Zentralasien-Außenministertreffen teil, bei dem vor allem die Zusammenarbeit bei der Nutzung des Mittelkorridors für den Warentransit von Zentralasien in die EU im Fokus steht.
29.05.2024	Der Minister für Wasserressourcen und Bewässerung, Nurdschan Nurdschigitow, und der niederländische Botschafter Nico Schermers unterzeichnen in Astana eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit im Bereich Wassermanagement. Die bilaterale »Wasserallianz« sieht u. a. den Austausch von Wissen im Bereich der Hochwasservorhersage und der Eindämmung von Hochwasser sowie den gemeinsamen Bau und die gemeinsame Nutzung von Wasseranlagen vor.
30.05.2024	Energieminister Satkaliew kommentiert die kürzliche Unterzeichnung eines Abkommens in Taschkent zwischen dem russischen Präsidenten Putin und dem usbekischen Präsidenten Mirsijojew über den Bau eines Atomkraftwerkes mit sechs Reaktoren und einer geplanten Kapazität von 55 MW durch die russische Atombehörde Rosatom mit den Worten: »Wir wussten nichts von diesem Projekt; es wurde buchstäblich am 27. Mai angekündigt. Jetzt müssen wir mit unseren usbekischen Kollegen Kontakt aufnehmen und die Form der Umsetzung, die Plattform und die Auswirkungen auf den Betrieb des einheitlichen Energiesystems festlegen. Energie- und Sicherheitsfragen sind ebenfalls wichtig. Wir werden bald einen Dialog aufnehmen.«
31.05.2024	In Almaty tagt unter Vorsitz von Verteidigungsminister Ruslan Dschaksylykow der Rat der Verteidigungsminister der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS). Im Mittelpunkt steht die Modernisierung der kollektiven OVKS-Truppen und die Sicherheit an der tadschikisch-afghanischen Grenze. Armenien, das die eigene OVKS-Mitgliedschaft im Februar eingefroren hat, nimmt nicht an der Sitzung teil.



**Kirgistan**

02.04.2024	Das nationale Zahlungssystem »Elkart« gibt an, Transaktionen von und über das russische Zahlungssystem »Mir« einzustellen, um mögliche Sekundärsanktionen abzuwenden.
02.04.2024	Präsident Sadyr Dschaparow unterzeichnet die im März verabschiedeten Abänderungen des »Gesetzes über gemeinnützige Organisationen«, die NGOs u. a. zu zusätzlichen Auskünften verpflichten und solchen NGOs, die Finanzierung aus dem Ausland erhalten, eine Registrierung als »ausländischer Repräsentant« vorschreiben. Kritiker:innen sehen in den Abänderungen eine Kopie des russischen »Gesetzes über ausländische Agenten.« Eine Reihe internationaler Menschenrechtsorganisationen und über 100 kirgisische NGOs haben Dschaparow zuvor aufgerufen, die Inkraftsetzung der Änderungen durch Nichtunterzeichnung zu verhindern. Laut US-Außenministerium gefährde die Änderung »die essenzielle Arbeit von NGOs.«
02.04.2024	Präsident Dschaparow empfängt den Vorsitzenden der Regierung des Uigurischen Autonomen Gebietes Xinjiang (XUAR, China), Erkin Tuniyaz, in Bischkek zu Gesprächen über die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dschaparow merkt Fortschritte bei der Entwicklung von Teilen der geplanten Eisenbahnlinie China–Kirgistan–Usbekistan an.
03.04.2024	Das Staatliche Komitee für Nationale Sicherheit (GKNB) stellt die Ermittlungen gegen das Nachrichtenoutlet 24.kg wegen des Verdachtes auf »Kriegspropaganda« ein, die nach der Veröffentlichung eines Artikels über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Januar eingeleitet wurden.
03.04.2024	Laut dem stellvertretenden Außenminister Almas Imangasijew wurden nach dem Terroranschlag auf die Crocus City Hall in Krasnogorsk 69 kirgisischen Staatsbürgern scheinbar grundlos die Einreise nach Russland verweigert.
04.04.2024	Beim Geschäftsforum »Kirgistan-China (XUAR)« in Bischkek werden Geschäfte im Gesamtwert von 1,2 Mrd. US-Dollar abgeschlossen.
05.04.2024	Laut dem Ministerkabinettsvorsitzenden Akylbek Dschaparow werden die Kosten für die geplante Eisenbahnlinie China–Kirgistan–Usbekistan auf acht Mrd. US-Dollar geschätzt.
08.04.2024	Laut dem Republikanischen Zentrum für Immunprophylaxe wurden landesweit 7.800 Fälle von Masern registriert, ein deutlicher Anstieg der 3.811 registrierten Fälle von Dezember 2023.
12.04.2024	Der Bürgermeister von Bischkek, Aibek Dschunuschalijew, ordnet die Rücküberführung von unter der Vorgängerregierung illegal privatisierten Grundstücken des Atatürk-Parks in den öffentlichen Parkbestand an. Das Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) und das im Februar gerichtlich liquidierte Investigativmedium Kloop hatten 2019 in einer gemeinsamen Recherche die illegale Privatisierung von Teilen des Parks aufgedeckt.
12.04.2024	Das Außenministerium teilt der russischen Regierung Bedenken mit, nachdem die russische Polizei am 8. April eine Razzia im Haus des kirgisischen Diplomaten Manas Dscholdoschbekow in Moskau durchgeführt hat, um dessen Aufenthaltspapiere zu überprüfen, wobei seine Frau von den Polizisten verletzt worden sein soll. Demnach verstoße das Vorgehen gegen die 1961 verabschiedete Wien-Konvention über diplomatische Beziehungen.
14.04.2024	Laut dem kirgisischen Dienst von RFE/RL haben die letzten kirgisischen Einwohner:innen die bisherige Exklave Barak (vormalig Gebiet Osch) verlassen, nachdem diese von Kirgistan an Usbekistan abgetreten wurde. Es handelt sich um die erste Abtretung einer Exklave an ein anderes Land in Zentralasien seit dem Beginn der Unabhängigkeit.
15.04.2024	Nachdem der Iran am Vorabend Israel mit hunderten Drohnen, Marschflugkörpern und ballistischen Raketen angegriffen hat, drückt das kirgisische Außenministerium angesichts der Eskalation seine große Besorgnis aus und ruft die Seiten zu militärischer Zurückhaltung auf, um die Situation im Nahen Osten nicht weiter zu destabilisieren.
15.04.2024	Mit einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von 4,5 % im laufenden Jahr gehört Kirgistan laut dem aktuellen Weltbankbericht zu den fünf wirtschaftlich am schnellsten wachsenden Ländern in Zentral- und Osteuropa, dem westlichen Balkan, Zentralasien und dem Südkaukasus.
16.04.2024	Die Open Society Foundation gibt bekannt, sich nach der kürzlichen Verabschiedung der Gesetzesänderung über »ausländische Repräsentanten« aus Kirgistan zurückzuziehen. Nach eigenen Angaben hat die Stiftung während der drei Jahrzehnte ihrer Tätigkeit in Kirgistan Partnern in Regierung und Zivilgesellschaft mehr als 115 Mio. Dollar bereitgestellt.
16.04.2024	Auf der kasachstanischen Regierungswebsite Open Legal Acts wird bekannt gegeben, dass sich Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan für den gemeinsamen Bau des geplanten Wasserkraftwerkes Kambarata-1 in Kirgistan auf die Gründung einer gemeinsamen Aktiengesellschaft geeinigt haben. Nach der Fertigstellung soll das Kraftwerk in vollständigen Besitz Kirgistans gehen.
17.04.2024	Der GKNB-Vorsitzende Kamtschybek Taschijew kündigt angesichts einer »steigenden Popularität synthetischer Drogen« öffentlich einen »unversöhnlichen Krieg« gegen Drogenhandel an.

18.04.2024	Das GKNB ordnet Internetprovider an, den Zugang zur Videoplattform TikTok zu blockieren. Laut GKNB weigere sich die Plattform Inhalte zu zensieren und verstoße damit gegen das im August 2023 verabschiedete Gesetz »zum Schutz von Kindern vor schädlichen Informationen«.
18.04.2024	Ein russische Delegation unter Leitung des Vorsitzenden der Direktion für auswärtige Zusammenarbeit der Präsidentialadministration von Präsident Wladimir Putin, Igor Maslow, nimmt in Talas an einer Zeremonie zur Ehrung von aus der Region stammenden Veteranen des Zweiten Weltkriegs teil. Laut einem Mitglied der russischen Delegation sei der Besuch »ein klares Symbol der freundlichen Beziehungen zwischen Russland und Kirgistan.«
19.04.2024	Nach bilateralen Gesprächen über Fragen der Zusammenarbeit weihen Präsident Dschaparow und sein kasachstanischer Amtskollege Kassym-Dschomart Tokajew in Astana ein Denkmal von Aikol Manas ein, dessen Geschichte im gleichnamigen Nationalepos von Kirgistan erzählt wird. Laut Tokajew spiegelt das Denkmal das gemeinsame kulturelle Erbe zwischen Kasachstan und Kirgistan und die gemeinsamen Wurzeln der türkischen Welt wider. Zuvor wurden gemeinsam sieben Dokumente unterzeichnet, u. a. ein Übereinkommen »über die Vertiefung und Ausweitung der alliierten Beziehungen«.
20.04.2024	Der Ministerkabinettsvorsitzende A. Dschaparow nimmt im Silicon Valley (Kalifornien, Vereinigte Staaten) an der Eröffnung eines kirgisischen Hochtechnologieparks teil, der u. a. als Talentschmiede für kirgisische IT-Fachkräfte dienen soll.
22.04.2024	Laut Katastrophenschutzministerium hat Kirgistan Kasachstan wegen der dortigen Überschwemmungen 350 t humanitäre Hilfsgüter geschickt.
22.04.2024	Der Ministerkabinettsvorsitzende A. Dschaparow nimmt in Washington am Frühlingstreffen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank teil, wobei eine Reihe von Übereinkommen unterzeichnet werden, u. a. mit der International Development Association über die Bereitstellung von 35 Mio. US-Dollar zur Implementierung eines Projektes zur Entwicklung von nachhaltigen Landwirtschafts-Clustern.
22.04.2024	Präsident Dschaparow empfängt den britischen Außenminister David Cameron in Bischkek zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Investitionen, Energie sowie kultureller und humanitärer Austausch, wobei sich beide Seiten auf eine Vertiefung der Zusammenarbeit in den genannten Bereichen einigen. In einem Interview mit dem kirgisischen Dienst von RFE/RL hat Cameron zuvor geäußert, dass seine Nachricht darin bestünde, »dass Kirgistan nicht einen Partner einem anderen Partner gegenüber bevorzugen oder bereits bestehende Partnerschaften aufkündigen müsse.«
24.04.2024	Präsident Dschaparow wird in Baku von seinem aserbaidchanischen Amtskollegen Ilham Alijew zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit, Energie, Transport, Zollharmonisierung, Migration und rechtliche Angelegenheiten empfangen. Die Gespräche enden mit der gemeinsamen Unterzeichnung von Absichtserklärungen und einem Plan für die bilaterale Zusammenarbeit im Zeitraum von 2024 bis 2029. Im bis 2020 von Armenien kontrollierten Bezirk Aghdam legen beide Präsidenten den Grundstein einer von Kirgistan finanzierten Sekundarschule. Die Außenminister beider Länder einigen sich auf die Schaffung eines aserbaidchanisch-kirgisischen Entwicklungsfonds.
25.05.2024	Ein Gericht ordnet die Freilassung des im September 2023 wegen des Verdachtes auf Hochverrat festgenommenen Butun-Parteivorsitzenden Adachan Madumarow an. Die Zentrale Wahlkommission annulliert kurz daraufhin Madumarows parlamentarische Abgeordnetenmandat.
26.04.2024	Laut dem leitenden Beamten im Drogenbekämpfungsdienst des Innenministeriums, Marsel Dootalijew, wurden während der letzten drei Jahre insgesamt 27 Drogenlabore im Land liquidiert. Während im Jahr 2020 noch 28 Kilogramm synthetische Drogen konfisziert wurden, waren es 2023 bereits 150 Kilogramm.
29.04.2024	Außenminister Kulubajew empfängt den für internationale Beziehungen verantwortlichen Minister der Moskauer Stadtregierung, Sergei Tscheremin, in Bischkek zu Gesprächen über die Zusammenarbeit im Bereich Migration. Kulubajew fordert Tscheremin auf, »günstige Bedingungen für Arbeitsmigranten aus Kirgistan zu schaffen.«
30.04.2024	Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Marat Imankulow, äußert in einem Interview mit Kabar, dass man mit Hinsicht auf die Grenzverhandlungen mit Tadschikistan »den schweren Weg der Kompromisse« gehen müsse und »wir Konzessionen machen müssen. Wenn nötig müssen wir die Option des Tausches von Gebieten [mit Tadschikistan] in Betracht ziehen.«
02.05.2024	Nachdem seit dem 24.04.2024 über 9.000 Menschen aus Zentralasien die Einreise nach Russland verweigert wurde, ruft das Außenministerium kirgisische Staatsbürger erneut dazu auf, von unnötigen Reisen nach Russland abzusehen.

06.05.2024	Die Regierung erlässt ein Verbot der Teilnahme von Minderjährigen an öffentlichen Massenveranstaltungen. Bei einem Gedichtwettbewerb im Bezirk Suzak (Gebiet Dschalal-Abad) am 02.05.2024 wurden 32 Kinder verletzt, nachdem ein ohne Handbremse geparkter Transporter von einem Abhang in eine Jurte gerollt ist.
07.05.2024	Das GKNB meldet einen Zwischenfall mit Schusswaffen an der Grenze zu Tadschikistan. Demnach ereignete sich der Vorfall in der Nähe der Siedlung Ak-Bosoga (Gebiet Batken), wo kirgisische Grenzschutzbeamte tadschikische Hirten bemerkten, die ihr Vieh 300 Meter von der kirgisischen Staatsgrenze entfernt auf kirgisischem Gebiet weiden ließen. Die Hirten ignorierten demnach die Aufforderungen der Grenzschutzbeamten und bewarfen sie mit Steinen. Ein Hirte soll außerdem mehrere Schüsse auf einen kirgisischen Grenzposten abgegeben haben. Daraufhin gaben die Grenzbeamten mehrere Warnschüsse in die Luft ab, woraufhin die Hirten wieder über die Grenze flohen. Der Vorfall ist der erste nennenswerte Zwischenfall, seit Kirgistan und Tadschikistan nach schweren militärischen Zusammenstößen in den Jahren 2021 und 2022 ihre Bemühungen zur Delimitation und Demarkation ihrer Grenze intensiviert haben.
08.05.2024	Präsident Dschaparow nimmt in Moskau an der Sitzung des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates und am Folgetag u. a. mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin am Roten Platz an der Militärparade zum Tag des Sieges der Sowjetunion über das Deutsche Reich teil.
13.05.2024	Der Minister für Wasserressourcen, Landwirtschaft und weiterverarbeitende Industrie, Bakyt Torobajew, unterzeichnet mit Vertretern der türkischen Firma Akplas in Bischkek eine Absichtserklärung über Investitionen von zehn Mio. US-Dollar, welche die Firma in den kommenden acht Monaten für den Bau von Anlagen zur Fertigung von Ausrüstung für Bewässerungssysteme tätigen wird.
14.05.2024	Ein Gericht im Bezirk Alamudin (Gebiet Tschui) verurteilt den politischen Aktivist Oldschobai Schakir wegen »Anstachelung zu zivilem Ungehorsam und öffentlichem Aufruhr« zu fünf Jahren Freiheitsentzug. Laut Schakirs Anwalt beruht das Urteil auf einer fadenscheinigen Interpretation der veröffentlichten Videos seinen Klienten, in denen sich dieser kritisch über die Politik von Präsident Dschaparow äußert. Schakir hatte Dschaparow u. a. für dessen Entscheidung kritisiert, vier Kurzentren am Issyk-Kul an Usbekistan abzutreten.
15.05.2024	Die Polizei in Bischkek schließt mehrere Essenslieferdienste mit insgesamt mehr als 400 Angestellten, überwiegend ausländische Studenten aus Südasien. Demnach habe die Auslieferung mit Motorrädern und Rollern gegen die Verkehrssicherheit verstoßen.
16.05.2024	Nach eigenen Angaben hat das GKNB 28 pakistanische Staatsbürger festgenommen, die illegal in einer Näheri in Bischkek gearbeitet haben sollen.
17.05.2024	Laut dem GKNB-Vorsitzenden Taschijew wurde das Parlament von Unterstützern des ehemaligen stellvertretenden Direktors der nationalen Zollbehörde, Raimbek Matraimow, »gesäubert«. Demnach hätten seit April 18 Abgeordnete in diesem Zusammenhang ihr Mandat niedergelegt. Der wegen Korruption in großem Umfang zu einer Geldstrafe verurteilte Matraimow wurde im März aus Aserbaidschan nach Kirgistan ausgeliefert, nachdem er aus Baku ein Attentat auf Präsident Dschaparow in Auftrag gegeben haben soll.
17.05.2024	In Bischkek greift eine Gruppe von mehreren Hundert Personen das Wohnheim der International University of Kyrgyzstan an, attackieren die dortigen Studenten und verwüsten das Gebäude. Mindestens 40, überwiegend pakistanische, Studenten werden verletzt. Vor dem Wohnheim blockieren ca. 1.000 Personen die Straße und verlangen ein Ende der Möglichkeiten für Menschen aus Südasien, in Kirgistan studieren und arbeiten zu können. Der persönlich anwesenden Polizeichef von Bischkek versucht vergeblich die Menge zu überreden sich zu zerstreuen. In der Nacht kommt es in ganz Bischkek zu vereinzelt Angriffen auf ausländische Studenten, auch wird eine Textilfabrik geplündert, in der hauptsächlich Menschen aus Südasien arbeiten. Kurz zuvor ist im Internet ein Video aufgetaucht, in dem zu sehen ist wie ausländische Studenten vier Tage zuvor einen kirgisischen Mann im Hof des Wohnheims schlagen. Laut Innenministerium hat eine Gruppe kirgisischer Männer eine Gruppe pakistanischer Studenten nach einem Streit in einem Restaurant in das Wohnheim verfolgt, wo es in der Folge zu den auf Video festgehaltenen Szenen gekommen sein soll. Bei den vier auf Video festgehaltenen Tätern, die später festgenommen wurden, soll es sich demnach jedoch nicht um pakistanische, sondern ägyptische Staatsbürger handeln. Das pakistanische Außenministerium hat in Islamabad den diplomatischen Geschäftsträger Kirgistans einbestellt, um diesem die »tiefe Beunruhigung« über die Situation mitzuteilen.
19.05.2024	Der stellvertretende Ministerkabinettsvorsitzende Edil Baisalow besucht das Studentenwohnheim der International University of Kyrgyzstan in Bischkek und entschuldigt sich im Namen des kirgisischen Volkes bei den pakistanischen Studenten, die zwei Tage zuvor in der Nacht von mehreren Hundert Personen angegriffen wurden. In der Zwischenzeit wurden ca. 200 pakistanische Studenten mit Sonderflügen außer Landes gebracht.

21.05.2024	Außenminister Kulubajew nimmt in Astana am Außenministertreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) teil. Am Rande führt er u. a. mit seinem pakistanischen Amtskollegen Ishaq Dar bilaterale Gespräche über die Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel, Investitionen, Textilindustrie und Tourismus. Beide Seiten bekräftigen ihre Zusammenarbeit beim Central Asia-South Asia power project (CASA-1000), das den Bau einer Hochspannungsleitung von Kirgistan und Tadschikistan nach Afghanistan und Pakistan vorsieht.
21.05.2024	Präsident Dschaparow eröffnet im Gebiet Talas das erste Miniwasserkraftwerk des Landes mit einer Kapazität von 25 MW, das 19.000 Haushalte mit Strom versorgen soll. Am gleichen Tag eröffnet Dschaparow in der gleichnamigen Gebietshauptstadt den renovierten Flughafen, der seit den frühen 1990ern außer Betrieb war.
22.05.2024	Der pakistanische Außenminister Dar besucht in Bischkek das Nationalkrankenhaus, um sich mit pakistanischen Staatsbürgern zu treffen, die vier Tage zuvor bei den pogromartigen Ausschreitungen verletzt wurden. Bis zu 1.200 pakistanische Staatsbürger haben das Land verlassen. Der kirgisische Außenminister Kulubajew versichert Dar, dass die Polizei »alle notwendigen Maßnahmen ergreife«, um die Sicherheit pakistanischer Studenten zu gewährleisten.
24.05.2024	Laut Arbeitsminister Bakyt Darmankul uulu leben aktuell 411.226 kirgisische Staatsbürger in Russland, wobei diese Zahl früher bei 800.000 lag.
28.05.2024	In einer gemeinsamen Recherche haben das OCCRP, das kirgisische Investigativmedium Kloop und das kirgisische Investigativkollektiv Temirov Live mindestens 11 von Präsident Dschaparow initiierte Großprojekte identifiziert, von denen sechs 137 Mio. US-Dollar kosten. Nach Änderungen des Vergaberechts im April 2022 wurden die Projekte demnach nicht öffentlich ausgeschrieben. Stattdessen obliegt die Projektimplementierung einem Netzwerk aus fünf Firmen, deren Inhaber Kontakte zur Familie von Dschaparow oder dem Leiter seiner Präsidialverwaltungsdirektion, Kanybek Tumanbajew, haben.
29.05.2024	Außenminister Kulubajew nimmt in Rom am dritten Italien-Zentralasien-Außenministertreffen teil, bei dem vor allem die Zusammenarbeit bei der Nutzung des Mittelkorridors für den Warentransit von Zentralasien in die EU im Fokus steht.



## **Turkmenistan**

01.04.2024	Anlässlich der Nacht der Allmacht (der Nacht in der dem Prophet der Koran offenbart worden sein soll) begnadigt Präsident Serdar Berdymuchamedow 356 Strafgefangene.
02.04.2024	Laut Chronika Turkmenistana wurden im Kontext von Razzien gegen zentralasiatische Migranten in Russland nach dem Anschlag auf die Crocus City Hall 47 turkmenische Staatsbürger festgenommen und befinden sich seitdem in Abschiebehaft.
04.04.2024	Der Nationalführer und Volksratsvorsitzende Gurbanguly Berdymuchamedow wird in Duschanbe vom tadschikischen Präsidenten Emomali Rachmon zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Energie und Transport empfangen. G. Berdymuchamedow schlägt Rachmon u. a. die Belieferung Tadschikistans mit turkmenischem Strom und Erdgas via Usbekistan vor. Gemeinsam unterzeichnete Dokumente umfassen u. a. ein Programm über die Zusammenarbeit der Außenministerien im Zeitraum 2024–2025.
04.04.2024	Die staatliche Agentur Turkmendeňizderýaýollary («Turkmenische See- und Flussrouten») kündigt einen Rabatt von 50 Prozent bei Tarifen für den Transit aller Gütersorten durch den Hafen von Turkmenbaschy (Gebiet Balkan) an.
09.04.2024	Der Dissident Gulgeldy Annanijasow wird nach 16 Jahren aus der Haft entlassen und darf nach Aschgabat zurückkehren. Annanijasow hat 1995 öffentlich gegen den damaligen Präsidenten Sapamurat Nijasow demonstriert und ist dann nach Norwegen ins Exil gegangen. 2008 ist er nach Turkmenistan zurückgekehrt und wurde direkt bei der Ankunft festgenommen und befand sich seitdem fast durchgängig in Einzelhaft.
09.04.2024	Präsident S. Berdymuchamedow empfängt den georgischen Parlamentssprecher Schalwa Papuaschwili in Aschgabat zu Gesprächen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Industrie, Gesundheit, Transport und Logistik. Details sind nicht bekannt. Bei einem späteren Treffen mit dem turkmenischen Außenminister Raschid Meredow bringt dieser die turkmenische Unterstützung für die territoriale Integrität Georgiens zum Ausdruck.
15.04.2024	Das russische Außenministerium dementiert Meldungen über angebliche Verhandlungen mit Turkmenistan über eine Aussetzung der Visavergabe für turkmenische Staatsbürger.
15.04.2024	Der stellvertretende Turkmengaz-Vorsitzende Murad Artschajew führt in Brüssel Gespräche mit Stefano Grassi, Kabinettschef des Europäischen Kommissars für Energie, über Fragen der Zusammenarbeit im Feld erneuerbare Energien, der Reduzierung von Methanemissionen und der Diversifizierung der turkmenischen Erdgasexportrouten.
15.04.2024	Laut IWF belief sich das turkmenische Wirtschaftswachstum im Jahr 2023 auf zwei Prozent und damit deutlich weniger als die offizielle Zahl der Regierung von 6,2 Prozent. Als Gründe werden ein »herausforderndes Geschäfts- und geopolitisches Umfeld, Investitionsineffizienzen, signifikante Wechselkursüberbewertung und belastende Regularien« genannt.
15.04.2024	Zum ersten Mal bringt eine RoPax-Fähre der turkmenischen »Marine Merchant Fleet« 40 mit Nahrungsmitteln beladene LKW vom Hafen Turkmenbaschy zum russischen Hafen Olja. Auf dem Rückweg bringt die Fähre u. a. 800 t belarussischen Käse von Olja nach Turkmenbaschy.
17.04.2024	Präsident S. Berdymuchamedow eröffnet den sechsspurigen und 109 km langen Abschnitt zwischen Mary und Tedschen (Gebiet Ahal) der Autobahnstrecke Aschgabat-Turkmenabat (Gebiet Lebap).
22.04.2024	Laut Nebit-Gaz hat Turkmenistan im ersten Quartal des Jahres 2024 2,4 Mrd. US-Dollar mit dem Export von Erdgas nach China verdient. Laut Daryo hat Russland im selben Zeitraum zwei Mrd. US-Dollar mit dem Export von Erdgas nach China verdient. Russland hat Turkmenistan im Februar als größter Erdgaslieferant für China abgelöst.
24.04.2024	In Paris beginnt das Turkmen Energy Investment Forum (TEIF) 2024 unter der Teilnahme von 170 internationalen Delegierten, u. a. von der OPEC, Petronas, TotalEnergies und der International Energy Agency.
24.04.2024	Präsident S. Berdymuchamedow empfängt den britischen Außenminister David Cameron in Aschgabat zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Öl- und Gasindustrie, Landwirtschaft, Bildung und neue Technologien. Zuvor hat Cameron mit seinem turkmenischen Amtskollegen Meredow ein Kooperationsprogramm zwischen den Außenministerien beider Länder für den Zeitraum 2024–2025 und eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit beim Erhalt biologischer Vielfalt im Kaspischen Meer unterzeichnet.
24.05.2024	Der Nationalführer und Volksratsvorsitzende G. Berdymuchamedow empfängt den Vorsitzenden des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, Miachel Harms, in Aschgabat zu Gesprächen über die Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Energie und grüne Energie, chemische Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Wassermanagement.

26.04.2024	Laut internen Quellen von Chronika Turkmenistana fand am 14. April, nachdem Iran Israel in der Nacht zuvor mit ballistischen Raketen und Marschflugkörpern angegriffen hat, eine Sitzung des turkmenischen Sicherheitsrates statt, bei dem drei Areale nahe der Grenze mit Iran in den Gebieten Balkan und Ahal bestimmt wurden, in denen im Fall eines Krieges zwischen Iran und Israel Lager für iranische Flüchtlinge gebaut werden sollen.
28.04.2024	Anlässlich des Tages des Ahal-Tekkiners empfangen Präsident S. Berdymuchamedow und der Nationalführer und Volksratsvorsitzende G. Berdymuchamedow den Präsidenten der russischen Teilrepublik Tatarstan, Rustam Minnichanow, zu Gesprächen über die Handels- und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Laut Minnichanow sei der turkmenisch-tatarische Handel im Jahr 2023 um 13 % auf 52 Mio. US-Dollar gestiegen.
02.05.2024	Laut dem Taliban-»Handelsminister« Nooruddin Azizi wurde sich bei Gesprächen mit Vertretern Kasachstans und Turkmenistans in Kabul darauf geeinigt, in Herat (Westafghanistan) ein gemeinsames Logistikkreuz für den regionalen Warenexport zu bauen, über das u. a. Erdöl aus Russland nach Südasien exportiert werden soll. In den kommenden zwei Monaten soll ein Übereinkommen über die Formalitäten und Details ausgearbeitet werden.
06.05.2024	Präsident S. Berdymuchamedow entlässt, offiziell aus gesundheitlichen Gründen, den Bürgermeister von Arkadag, Schamuchamet Durdylyjew, und ernennt die ehemalige Parlamentssprecherin Gulschat Mammedowa zu dessen Nachfolgerin.
07.05.2024	Beim Besuch einer turkmenischen Geschäftsdelegation in Herat unterzeichnen turkmenische und afghanische Firmen zehn Abkommen und zwei Absichtserklärungen im Gesamtwert 200 Mio. US-Dollar, u. a. über den Bau eines Umspannwerkes und die Renovierung historischer Denkmäler in Herat.
09.05.2024	Präsident S. Berdymuchamedow nimmt in Moskau u. a. mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin am Roten Platz an der Militärparade zum Tag des Sieges der Sowjetunion über das Deutsche Reich teil.
14.05.2024	Der türkische Minister für Energie und natürliche Ressourcen, Alparslan Bayraktar, äußert bei Gesprächen mit dem aserbajdschanischen Wirtschaftsminister Mikail Jabbarow in Istanbul, dass mit Turkmenistan eine Einigung über Gaslieferungen in die Türkei via Aserbaidschan und Georgien erzielt worden sei, berichtet Daily Sabah. Details sind nicht bekannt.
14.05.2024	In Aschgabat findet die Konferenz »30 Jahre Zusammenarbeit zwischen Turkmenistan und der Europäischen Union: Gemeinsam für die Zukunft« statt, auf der die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Handel, Logistikkorridore, Sicherheit und Wassermanagement diskutiert wird. Die EU wird von der Sonderbeauftragten für Zentralasien, Terhi Hakala, vertreten. Am Rande der Konferenz unterzeichnen Turkmenistan und die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) eine Absichtserklärung.
16.05.2024	Der Nationalführer und Volksratsvorsitzende G. Berdymuchamedow nimmt in der russischen Stadt Kasan am Wirtschaftsforum »Russland – Islamische Welt: KazanForum 2024« teil, auf dem er für eine Verbindung von »traditionellen Werten« mit »modernen Trends und Innovationen in der Wirtschaft« wirbt.
17.05.2024	Präsident S. Berdymuchamedow eröffnet in Aschgabat feierlich den Kultur- und Parkkomplex »Magtymguly Pyragi«, benannt nach dem turkmenischen Nationaldichter.
18.05.2024	Die Frau vom Nationalführer und Volksratsvorsitzenden G. Berdymuchamedow, Ogulgerek Berdymuchamedowa, und die stellvertretende Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, Shen Yueyue, eröffnen in Aschgabat das Forum »Welt der turkmenisch-chinesischen [turkmenischen und chinesischen] Frauen«, auf dem die »Stärkung der Zusammenarbeit zwischen turkmenischen und chinesischen Frauen« diskutiert wird.
22.05.2024	Präsident S. Berdymuchamedow empfängt den Generalsekretär der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), Sergei Lebedew, in Aschgabat zu Gesprächen über die Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Umweltproblemen und der Entwicklung umweltfreundlicher Technologien.
23.05.2024	Auf dem pakistanischen Energiesymposium in Islamabad gibt der pakistanische Energieminister Musadik Malik eine Einigung mit Turkmenistan bekannt, laut der die beiden Länder die Fertigstellung der Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien-Gaspipeline (TAPI) selbst finanzieren werden. Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) hat im März 2022 bekannt gegeben, die Unterstützung der TAPI auszusetzen, solange die Taliban von der internationalen Staatengemeinschaft nicht als legitime Regierung Afghanistans anerkannt sind.
27.05.2024	Außenminister Meredow wird in Astana vom kasachstanischen Präsidenten Kassym-Uschomart Tokajew zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit bei der Umsetzung gemeinsamer Projekte in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Energie, Transport und Logistik empfangen.

24.05.2024	In Aschgabat tagt der Rat der GUS-Regierungschefs unter Gastgeberschaft des stellvertretenden turkmenischen Ministerkabinettsvorsitzenden Chodschamyrat Geldymuradow. U. a. werden die multilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Zölle, Transport und Umwelt diskutiert. Laut dem russischen Premierminister Michail Mischustin sei der russische Handel mit GUS-Staaten »trotz des Widerstandes von Missgönern« im Jahr 2023 um 5,8 % gestiegen.
29.05.2024	Außenminister Meredow nimmt in Rom am dritten Italien-Zentralasien-Außenministertreffen teil, bei dem vor allem die Zusammenarbeit bei der Nutzung des Mittelkorridors für den Warentransit von Zentralasien in die EU im Fokus steht.

**Herausgeber:**

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH  
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
Deutsches Polen-Institut  
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

**Redaktion:**

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schmidt  
Lektorat: Rostam Onori  
Satz: Matthias Neumann

**Wissenschaftlicher Beirat:**

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow  
Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin  
Prof. Dr. Martin Petrick, Justus-Liebig-Universität Gießen

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1866-2110 © 2024 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20  
e-mail: [richard.schmidt@zois-berlin.de](mailto:richard.schmidt@zois-berlin.de) • Internet-Adresse: [www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)





## LÄNDER-ANALYSEN



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### **Belarus-Analysen**

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### **Caucasus Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### **Polen-Analysen**

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### **Russland-Analysen**

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### **Russian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### **Ukraine-Analysen**

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### **Zentralasien-Analysen**

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>